

Wirtschaftliche Annäherung verbündeter Staaten.

Eine Zuschrift von Bischof Dr. Wilhelm Fraנקoi an die Redaktion der „Zeit“.

Berehrter Herr Redakteur!

Staaten, die infolge der Gemeinsamkeit ihrer Interessen und Ziele politische Bündnisse eingehen, sind naturgemäß darauf angewiesen, daß sie die Entfaltung ihrer Kräfte gegenseitig fördern, demnach sich auf wirtschaftlichem Gebiet möglichst innig und aufrichtig aneinander schließen.

Es ist dies eine naheliegende, einfache Wahrheit und nicht denkbar, daß man zu ihrer Erkenntnis erst jetzt inmitten des Weltkrieges gelangt sei.

Trotzdem will ich Ihre Aufmerksamkeit auf die lehrreiche und (wie man zu sagen pflegt) pikante Tatsache lenken, daß ein italienischer Staatsmann es war, der vor einem Vierteljahrhundert für den engeren wirtschaftlichen Anschluß Italiens an seine Bundesgenossen eintrat.

Als nach dem Rücktritt Bismarcks sein Nachfolger am 7. November 1890 in Mailand mit dem italienischen Ministerpräsidenten zusammentam, um die Aufrechterhaltung der politischen Harmonie zu sichern, führte der letztere das Gespräch auf dieses Thema.

Francesco Crispi, ein eminent praktischer Staatsmann, ließ sich selbstverständlich nicht von theoretischen Erwägungen leiten. Aktuelle politische Notwendigkeit führte ihn. Wie wir aus seinen eigenen Aufzeichnungen erfahren (Francesco Crispi: *Questioni internazionali*. Milano, 1913. Seite 9 bis 11), sprach er in folgender Weise:

Bismarck hat Großes geschaffen. Deutschland ist ihm zum Danke verpflichtet. Er hat aber den großen Fehler begangen: die Restauration der Monarchie in Frankreich nicht gefördert zu haben. Er glaubte, die Republik werde infolge der Parteikämpfe nicht genug Kraft besitzen. Es erfolgte gerade das Gegenteil: Frankreich war nie so stark, wie es heute ist. Man muß demnach gegen die republikanische Propaganda alle Mittel in Anwendung bringen, die den Monarchien zur Verfügung stehen.

Frankreich wird nächstens einen neuen Zolltarif feststellen. Dieser wird Italiens Interessen schädigen, indem er den französischen Markt den Produkten der italienischen Landwirtschaft verschließen kann. Auch Deutschland wird von diesem Schläge getroffen werden. Der Friedensschluß in Frankfurt sicherte ihm die Vorteile der Meistbegünstigung. Diese aber existieren nur bei Handelsverträgen. Nun beabsichtigt Frankreich, diese alle zu kündigen und allen Ländern gegenüber seinen autonomen Tarif in Geltung zu bringen. Es ist dies eine Drohung mit dem Kriege, mit dem wirtschaftlichen Kriege, der nicht weniger schrecklich werden kann wie der, der mit Gewehren und Kanonen geführt wird.

Es ist notwendig, daß man auf die Drohung antworte, und dies kann geschehen. Nicht mit

einem Zollverband (Lega doganale) der Dreihundmächte, der nicht leicht ausführbar wäre. Aber man könnte ein System der Vorzugstarife studieren, die den Handel erleichtern, die Beziehungen inniger gestalten könnten. Es erscheint notwendig, daß dem militärischen und politischen Bündnis sich dieses wirtschaftliche Bündnis (Lega economica) anschließe, das den drei Staaten, ohne ihre Autonomie zu berühren, Kraft verleihe, Frankreich Widerstand zu leisten.“

Crispi macht demnach den Vorschlag, die drei Regierungen mögen Sachmänner mit dem Studium dieser wichtigen Frage beauftragen, und nachdem dieses vollendet sein wird, je zwei Delegierte mit der Abfassung eines Vertrages betrauen.

Caprivi antwortete, daß er sich diesen weisen Erwägungen anschließe und die Angelegenheit studieren lassen werde. Nach Berlin zurückgekehrt, teilte er dem italienischen Botschafter mit, daß er und der deutsche Kaiser die Eröffnungen Crispis sowohl betreffs der politischen als auch der wirtschaftlichen Fragen mit großer Genugtuung zur Kenntnis nahmen.

Crispi machte von seiner Anregung auch dem österreichisch-ungarischen Auswärtigen Amte Mitteilung. Von Wien wurde ihm bedeutet, daß man schon jetzt bei den Verhandlungen, die mit Deutschland wegen Erneuerung des Handelsvertrages angebahnt werden, die Verständigung der drei Staaten auf wirtschaftlichem Gebiet vorbereiten wolle.

Gewiß wäre es wünschenswert, daß die Ergebnisse der Studien, die in Wien und Berlin verfaßt worden sind, zur Veröffentlichung gelangen.

Genehmigen Sie usw.

Wien, 9. April 1916.

Dr. Wilhelm Fraנקoi.